

Edeltraud Debusmann
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 10.11.2011
Telefon: (06104) 6 76 17
e-Mail: ES-63150@t-online.de

Anlage zum Schreiben vom 10.11.2011
Neue Petition Nr. 2-17-15-8272-029752 vom 10.10.2011

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

vorab per eMail an
post.pet@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1

11011 Berlin



Betreff: Betrifft: Mehrfachpetition Direktversicherungs-Altverträge, ID-11367 und Pet. 2-17-15-8272-011026
plus... [Meine Schreiben vom 06.03./ 06.04. /15.04. /26.04. /05.05. /23.05. /19.06./ 30.08., 06.09.2011 und andere in 2010](#)

Sehr geehrte Damen und Herren vom Petitionsausschuss,

ich nehme Bezug auf die neue, von Herrn Preuß aus Berlin eingereichte Petition Nr. 2-17-15-8272-029752 vom 10.10.2011.

Nachfolgend eine Zusammenfassung der wesentlichen Argumente zur

- Mehrfachpetition Direktversicherungs-Altverträge, ID-11367 und
- Petition 2-17-15-8272-011026

aus meinen Schreiben vom 26.06.2010 bis zum 12.09.2011,

heute auch mit Verweis auf die **politische Einsicht** in den letzten Tagen „**Erstaunliche Kehrtwende**“ (siehe oben, hier Entwicklung zum Thema Niedriglohn)“.

Vielleicht gibt es anhand der erdrückenden Argumente gegen die rückwirkende Bestrafung der Betroffenen doch noch Hoffnung, dass es auch zum Thema „Direktversicherung“ eine Kehrtwende gibt. Siehe hierzu auch die Presseartikel auf den Seiten 4 und 5.

Gemäß Nachrichten in den letzten Wochen lebten die Griechen bisher über Ihre Verhältnisse, beuteten den Staat aus (laut neuester Recherche erhalten mehr als 9.000 Griechen, die älter als 100 Jahre sind (!) noch Rente vom Staat), und werden mit hunderten von Milliarden Euro mit Garantie unserer Steuergelder belohnt, damit deren System nicht zusammenbricht.

Bürger unseres Landes werden von der Politik jedoch dafür bestraft, dass man dem Staat nicht zur Last fallen wollte. Sie hatten in Treu und Glauben unter Verzicht auf Teile Ihres Weihnachts- und Arbeitslosengeldes sowie Rente für ihren Ruhestand vorgesorgt. In Dankbarkeit dieser Eigeninitiative wird man aber vom Staat mit einem fast 20%igen Abzug von der Auszahlungssumme zur Kasse gebeten. Eine sonderbare Logik, die hier von der Politik den Bürgern zugemutet wird.

Können Sie das noch verstehen? Falls nein, dann bitte entsprechend handeln.

[Siehe hierzu auch die Aussagen von Herrn Wulff und Schäuble in meinem Schreiben vom 12.09.2011...](#)

– „**Gleiches Recht für alle**“

– „**Wir haben Verträge in Europa und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!**“

In der Regierungszeit von Altbundeskanzler Helmut Schmidt galt das noch das im GG verankerte Recht „**pacta sunt servanda**“, oft vorgetragen von Herrn Dr. Rainer Barzel.
Wer von Ihnen kann sich daran noch erinnern?

Dieses Recht wurde mit Datum vom 01.01.2004 von der SPD-geführten Regierung eklatant gebrochen, verankert im Gesundheitsmodernisierungsgesetz vom 14.11.2003, in dem für Altverträge einer Direktversicherung sogar auch rückwirkend ein ca. 17,5%iger Abzug für die GKV festgelegt wurde, obwohl nie Vertragsbestandteil. Den Betroffenen wurde eine Kapitalvernichtung zugemutet.

Hier noch einmal in Zusammenfassung die wesentlichsten Punkte meiner Schreiben an den Petitionsausschuss, in denen ich u. a. auf folgende Mißstände aufmerksam machte:

15.04.2011: **Chef der Kassenärzte saht ab!**

Ich muss mit dem Zusatzbeitrag aus meiner Direktversicherung in Höhe von 110 Euro **812 Monate** lang zahlen, nur um die Gehaltserhöhung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes – und hier auch nur für ein einziges Jahr – sicher zu stellen.

05.05.2011: Bahnbrechendes Urteil aus Karlsruhe „**Richter werfen gängige Praxis**“...

Die Nase voll von der Politik, die Verdrossenheit so groß wie nie zuvor...

Kurt Beck im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich:

„Ich bin sofort bereit, eine Gegenklage zu erheben, wenn Verträge nicht mehr gelten“

19.06.2011: **Raubbau am Wertesystem...**

Mit dem Ansehen der Politiker geht's weiter bergab...

Der verhöhnte Wähler...

30.08.2011: Recht und Gesetz gelten nicht für alle gleich...

Lammert pocht auf das Recht...

Die Staatschefs brechen das Recht...

„Volksparteien vom Volk verlassen...“

Erwin Teufel „Ich schweige nicht länger“...

Prof. Dr. Rütters und Dr. Clement Höpfner „Abschied vom Rechtsstaat“...

Kirchhof beklagt Feudalismus... Wir verteilen von Arm zu Reich...

Urteil in Straßburg „Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Verurteilter mit einer Strafe belegt wird, die zum Zeitpunkt der Verurteilung noch gar nicht existierte...“

Zudem dürfe nicht vom Prinzip „Keine Strafe ohne Gesetz“, abgewichen werden, eine rückwirkende Verlängerung sei deshalb untragbar...

Richter sehen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz...

Schadensersatz für Vergewaltiger.

Die FAZ schreibt: „Das GG gilt auch für Mörder“

! Heute ist festzustellen, dass ehrlichen und für sich selber vorsorgenden Bürgern diese Rechte aberkannt werden, während das BVerfG im Hinblick Schwerverbrechern, Kinderschändern und Mörder urteilt:

„Es haben die Gesetze zum Zeitpunkt der Verurteilung zu gelten, Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot sind zu beachten“

Frage an unsere Politiker:

Haben Schwerverbrecher, Kinderschänder und Mörder heute mehr Rechte als ehrbare Bürger?

(oder anders ausgedrückt:

Ich möchte gerne die gleichen Rechte wie Schwerverbrecher, in Anspruch nehmen)

12.09.2011: Unser Bundespräsident Christian Wulff fordert für Europa nachdrücklich...
„Gleiches Recht für alle“

In der ZDF-Sondersendung am 12.09.2011 um 19:20 Uhr

„Was nun, Herr Schäuble“ sprach er von Vertrauen und Sicherheit:

„Wir haben Verträge in Europa und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun,
dass man sich an geschlossene Verträge hält!“

Warum wird Bürgern, die vor vielen Jahren auf Empfehlung des Staates eine Direktversicherung abgeschlossen haben, von den gleichen Politikern dieses Recht aber verweigert?

Weitere Schreiben zur Vollständigkeit:

26.06.2010: Mitzeichnung Petition

27.07.2010: Zusätzliche Einzahlungen des Arbeitgebers ergänzend zum Gehalt in eine Lebensversicherung bleiben beitragsfrei, von Beträgen jedoch, die vom Arbeitnehmer alleine bezahlt wurden aus Weihnachtsgeld etc. (Gehaltsumwandlung), Arbeitslosengeld und Rente, werden 17,5%-Abzüge verlangt!

03.08.2010: Rückwirkungsverbot

26.10.2010: Gesetzesgrundlage muss sein „**Wer hat die Beiträge bezahlt!**“

28.10.2010: Misstrauen in die Politik, Fataler Eindruck, Ergebnis der Landtagswahl von NRW am 09.05.2010

04.11.2010: Prof. Dr. Lammert „Politik verliert Vertrauen“

06.03.2011: David Grossmann: „Nicht aufgeben, wo andere verzagen, wer nicht hofft, ist schon besiegt“

06.04.2011: Peer Steinbrück „Kritischer Blick auf die SPD“

06.09.2011: Rösler „Ab sofort wird geliefert“
Anlagen hierzu 1 bis 3

18.09.2011: Wahlergebnis Berlin

www.altersdiskriminierung.de

28.01.2011: Direktversicherung „Milliardengeschenk für Arbeitgeber“...

02.04.2011: Direktversicherung „Unbegreiflich“...

Weitere Fakten:

Rhein-Main-EXTRA-Tipp vom 06.11.2011

Besser nicht gesagt!



„Der Anteil der Rentenausgaben im Haushalt ist in den letzten drei Jahrzehnten von 14 auf 29 Prozent gestiegen. Und wenn das ungebremst weiter geht, liegt der Anteil 2050 bei 80 Prozent. Das kann nicht gut gehen.“

Dies erklärte der damalige Finanzminister Hans Eichel in der Süddeutschen Zeitung im Mai 2003. Derzeit klagt er auf eine höhere Rente: Er will 14.550 Euro. So liegt das Rentensystem noch schneller am Boden. Fotos: AP

„Der Anteil der Rentenausgaben im Haushalt ist in den letzten drei Jahrzehnten von 14 auf 29 Prozent gestiegen. Und wenn das ungebremst weiter geht, liegt der Anteil 2050 bei 80 Prozent. Das kann nicht gut gehen.“

Dies erklärte der damalige Finanzminister Hans Eichel in der Süddeutschen Zeitung im Mai 2003.

Derzeit klagt er auf eine höhere Rente: Er will 14.550 Euro! So liegt das Rentensystem noch schneller am Boden.

Internet-Nachricht am 01.11.2011, 6:59 Uhr:

Hans Eichel will 6350 Euro mehr Pension

Politiker fordern, dass der Bürger seinen Gürtel enger schnallen muss...

- selbst bei 8.200 Euro müsste Herr Eichel seinen Gürtel nicht enger schnallen, aber er klagt auf zusätzliche 6.350 Euro (Gehaltserhöhung von 77,4 %!),

Politiker stellen fest, dass die Bürger über ihre Verhältnisse leben...

- dies kann man aber nicht vom Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler behaupten. Sein „bescheidenes“ Basisgehalt steigt auf mindestens 350.000 Euro pro Jahr, (bestätigten mehrere Quellen der Frankfurter Rundschau). Das entspricht einer Gehaltserhöhung um 90.000 Euro oder 35 Prozent!

Antwort hierzu: Selber Wein trinken, den Beitragszahlern aber Wasser verordnen ist die Devise!

Politiker beschließen, dass vorsorgende Bürger für ihre Einzahlungen in eine Direktversicherung, deren Beträge **nicht** vom Arbeitgeber, sondern durch eine Gehaltsumwandlung unter Verzicht auf Teile vom Weihnachts- und Arbeitslosengeld sowie Rente (siehe oben „er will 14.500 Euro!“) von den Arbeitnehmern alleine bezahlt wurden, am Ende durch Abzug von fast 20% mit einer Kapitalvernichtung bestraft werden...

Wo bleibt hier die politische Moral?

Welche Antwort geben zu mir zur Tatsache, dass...

- Politiker für sich stets ein Maximum fordern,
- ein „Kassenchef nicht mit 240.000 Euro pro Jahr zufrieden ist, sondern 90.000 Euro mehr haben will, gleichzeitig aber Gesetze beschlossen werden mit dem Ziel, den Bürgern immer tiefer in die Taschen zu greifen,
- Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot bei Schwerverbrechern rechtens sind, bei rechtschaffenden Bürgern aber ausgehebelt werden?

Besorgnis über Riesenpartei der Nichtwähler

Politiker sprechen von „Katastrophe“

OP vom 06.09.2011

Das sind Zahlen, die jeden Deutschen, gleich ob Bürger, Politiker oder Industrieboss, zutiefst erschüttern sollten. Laut einer GfK-Umfrage vertrauen nur noch neun Prozent der Menschen in diesem Land Parlamentariern und Regierungsmitgliedern. Das zeigt: In diesem Staat läuft etwas katastrophal schief. Die Politik ist dabei, ihre Legitimation zu verlieren. Schlimmer noch, das Fundament unserer Demokratie hat nicht mehr zu übersehende Risse. Mahnende Worte hat es über Jahre immer wieder gegeben. Geholfen hat es nicht. Die Politik ist geprägt von einem „Weiter-so“, und auf die Spitze getrieben hat es insbesondere die derzeitige schwarz-gelbe Koalition in Berlin.

In den Kernpunkten haben die Bürger ein sehr genaues Koordinatensystem für Werte. Es geht um Moral, Ehrlich- und Glaubwürdigkeit, ein gerechtes soziales System, zielorientierte und nachhaltige Politik. Dieses Koordinatensystem hat die Politik in weiten Teilen längst verlassen.

Es geht fast nur noch um Macht und Machterhalt. Wahlversprechen verlieren flott ihre Gültigkeit, einseitig empfängt da diese (Hoteliers) oder jene (Banken) Klientel finanzielle Bonbons, bei der Vergabe von Posten zählt kaum noch Qualifikation, sondern ob der Kandidat prima die Parteiinteressen vertritt oder halt einfach nur gut versorgt sein soll. Energiepolitik (Wiedereinstieg in den Atomausstieg) wird kurzfristig nach Stimmungslage im Land gemacht. Und einige unserer angeblichen Vorbilder scheuen auch nicht davor zurück, sich mit erschlichenen Doktor-Titeln zu schmücken. Da graut einem wirklich.

Unsere politische Klasse hat ein Problem - und wir mit ihr, ein riesig großes, wie die neun Prozent zeigen. Denn damit stehen letztendlich auch die Zeiger für unsere Demokratie auf neun vor zwölf.

Sehr geehrte Damen und Herren vom Petitionsausschuss,

bitte prüfen Sie, ob ein „weiter-so“ für die bisherigen Volksparteien der richtige Weg ist. Die letzten Wahlergebnisse sprechen eine überdeutliche Sprache; wer das nicht wahrhaben will, sollte sich nicht wundern, dass wir in einigen Jahren von den Piraten regiert werden – es sei denn, die Partei der Nichtwähler (heute schon bei über 40%) kann in den Bundestag einziehen.

Machen Sie einen Anfang, und verhelfen den sechs Millionen Betroffenen, die mit eigenen Beiträgen ihre Direktversicherung bezahlt haben, zu ihrem Recht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Edeltraud Debusmann

In Hessen schon 1000 „Piraten“

Frankfurt (dpa) ■ Mitgliederrekord für die Piraten: Erstmals gehören dem hessischen Landesverband mehr als 1000 Menschen an. Seit der

Berlinwahl vor einem Monat haben die Piraten im Land 80 Neumitglieder gewonnen. „Da erleben wir immer noch einen unheimlich

hohen Zuspruch“, sagte der Landesvorsitzende Thumay Karbalai Assad. Mit der Diskussion um den „Staatstrojaner“ hänge das nicht zusam-

men. Dass sich unter den Hessen-Piraten ehemalige Anhänger extremistischer Parteien tummelten, sei ihm nicht bekannt, so Assad.

OP vom 24.10.2011

